



Datum, 19.08.2022 - Drucksachen Nr.:

Mitteilung

XIII/250/2022

Beratungsfolge	Termin	Entscheidungen
Magistrat	06.09.2022	
Sozialausschuss	14.09.2022	
Stadtverordnetenversammlung	29.09.2022	

Einwohnerentwicklung seit Beginn der Ukraine Krise Anfrage der b-now-Fraktion vom 06.07.2022

Sachdarstellung:

Entfällt.

Mitteilung:

In der Sitzung des Sozialausschusses am 06.07.2022 hat die b-now-Fraktion Fragen zur Einwohnerentwicklung seit Beginn der Ukraine Krise eingereicht. Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Wie viele Menschen sind seit Beginn des Krieges nach Neu-Anspach gekommen und hier gemeldet?
 - a. bitte falls vorhanden nach Altersgruppen aufschlüsseln

Antwort:

**Zum Stand 08.07.2022 sind 203 Menschen als „ukrainische Flüchtlinge“ gemeldet.
Aufschlüsselung nach Altersgruppen siehe Anlage 1**

2. Wie hoch ist die in Neu-Anspach gemeldete Zahl an Einwohnern (Stand 30.06.2022)
 - a. ohne Zuzug aus der Ukraine
 - b. mit Zuzug aus der Ukraine

Antwort:

- a. 14.437
- b. 14.640

Ohne den Zuzug aus der Ukraine wäre sehr wahrscheinlich eine Reduzierung der Einwohnerzahl eingetreten.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht bekannt ist, wie viele „ukrainische Flüchtlinge“ derzeit noch in Neu-Anspach wohnhaft sind bzw. eventuell schon weitergereist sind. Es liegen auch zum Zeitpunkt der Anmeldung noch keine Hinweise/Erkenntnisse vor, wie lange die Menschen tatsächlich „bleiben“ wollen.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen (siehe Anlage 2) in den letzten Jahren zeigt, dass sich die Einwohnerzahlen im Bereich 14.500 einpendeln, teilweise mit leicht sinkenden Tendenzen, manchmal aber auch mit steigenden Tendenzen (z.B. in 2020 oder auch jetzt in 2022).

3. Wie hat sich die demografische Situation seit Beginn der Ukraine Krise verändert?

Antwort:

Dazu können keine konkreten Aussagen gemacht werden, da aktuell nicht abzusehen ist, ob die ukrainischen Flüchtlinge dauerhaft bleiben. Allerdings zeigt sich in der Übersicht nach Altersgruppen, dass bestimmte Bereiche der Infrastruktur wie z.B. Kindertagesstätten und Schulen mehr in Anspruch genommen werden.

Thomas Pauli
Bürgermeister